

Entscheidung bei Straffälligkeit im Einbürgerungsverfahren

Eine Voraussetzung im Einbürgerungsverfahren ist es, dass Sie (auch im Ausland) weder wegen einer **Straftat** verurteilt, noch auf Grund von Schuldunfähigkeit mit einer Maßregel der Besserung und Sicherung belegt worden sind.

Bei der Einbürgerung außer Betracht bleiben:

- Verurteilungen zu einer Geldstrafe bis zu 90 Tagessätzen,
- Freiheitsstrafen bis zu drei Monaten, die zur Bewährung ausgesetzt und nach Ablauf der Bewährungszeit erlassen worden sind,
- die Verhängung von Erziehungsmaßregeln oder Zuchtmitteln nach dem Jugendgerichtsgesetz.

Bei mehreren Verurteilungen zu Geld- oder Freiheitsstrafen sind diese zusammen zu zählen, es sei denn, es wird eine niedrigere Gesamtstrafe gebildet.

Treffen Geld- und Freiheitsstrafe zusammen, entspricht ein Tagessatz einem Tag Freiheitsstrafe. Übersteigt die Strafe oder die Summe der Strafen geringfügig den oben genannten Rahmen von 90 Tagessätzen bzw. drei Monaten, so wird im Einzelfall entschieden, ob diese außer Betracht bleiben kann.

Gleiches gilt, wenn wegen Schuldunfähigkeit eine Maßregel der Besserung und Sicherung angeordnet wurde.

Sofern ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren anhängig ist, wird die Entscheidung über die Einbürgerung bis zum Eintritt der Rechtskraft des Urteils ausgesetzt. Dies gilt auch, wenn die Verhängung einer Jugendstrafe nach § 27 des Jugendgerichtsgesetzes ausgesetzt ist.